

LANDESBUDGET 2014:

Kreativ, sozial engagiert und transparent schaut anders aus!

Sehr geehrter Herr Präsident!

Werte Damen und Herren der Landesregierung!

Geschätzte Abgeordnete!

Werte Tirolerinnen und Tiroler!

Werte Zuhörer!

Der heutige Tag der Budgetreden im Tiroler Landtag ist zugleich der internationale Tag der Berge. In Tirol gibt es den ewigen Streit, ob nun die Wildspitze oder der Großglockner oder gar der Ortler der höchste Berg ist. Für uns im Tiroler Landtag ist dieser Streit entschieden: Denn mit 271,5 Millionen Euro ist Platter's Schuldenberg der absolut höchste Berg Tirols – so hoch ist sonst keiner!

Heute ist jener Tag im Jahr, an dem wir über das Budget und somit über die Ausgestaltung der Politik im kommenden Jahr reden. Bei den Budgetreden gibt es wie jedes Jahr die unterschiedlichsten Sichtweisen. Die einen reden alles in Grund und Boden, die anderen singen wahre Lobeshymnen auf das Budget. Ich sage Ihnen heute, es ist nicht alles schlecht in diesem Budget, aber es gibt viele Punkte und Themen, die in diesem Budget nicht angesprochen werden.

Herr Landeshauptmann Platter, bei Durchsicht dieses Landesbudgets 2014 stellt sich die zentrale Frage: Geht es den Tirolerinnen und Tirolern heute im Jahr 6 der Platter-Regierung besser?

Das Grundübel in Tirol sind die niedrigsten Löhne bei den gleichzeitig höchsten Kosten für's Leben und Wohnen. Die Menschen haben immer öfter kein Einkommen zum Auskommen. Und einer Mindestpensionistin bleibt so wenig, dass sie mit 13 Euro am Tag auskommen muss.

Wenn Sie, Herr Landeshauptmann, im Wahlkampf 2013 plakatiert haben „Tirol ist oben“, dann hatten Sie Recht. Tirol ist oben:

- Der m² Grund und Boden kostet in Tirol mehr als im Osten
- Ein Schnitzel und ein Bier kosten in Tirol mehr als im Osten
- Der Liter Benzin kostet in Tirol mehr als im Osten
- Der m³ Gas zum Heizen und Kochen kostet in Tirol mehr als im Osten

- Das Öffiticket für SchülerInnen und Lehrlinge kostet in Tirol mehr als im Osten

Tirol ist ein reiches Land, aber es gibt immer mehr, die das am eigenen Leib nicht spüren. Es gibt viele, die mit der immer weiter auseinanderklaffenden Schere der niedrigsten Einkommen und gleichzeitig höchsten Kosten fürs Wohnen und Leben nicht mehr zurechtkommen.

In Tirol sind aktuell 32.000 Menschen arbeitslos oder in Schulung, so viele wie nie zuvor. Und es ist ein Affront gegenüber diesen Menschen, wenn Sie Herr Landeshauptmann, in Ihrer Rede im Finanzausschuss vor ein paar Tagen inbrünstig verkünden, dass Sie die Beschäftigungslage im Griff haben. Wo denn bitte? Sind 32.000 ohne Job für Sie in Ordnung? Schauen Sie sich die Entwicklung 2013 an, Monat für Monat wurden die neuen Daten veröffentlicht, Monat für Monat sind die Tiroler ohne Arbeit mehr geworden. Und nur um eine Vorstellung zu bekommen, wie viele Menschen 32.000 sind: Mit den Arbeitslosen in Tirol könnte man das Tivoli Stadion zweimal füllen. Wenn Sie sich anschauen, wer denn nun hauptsächlich von Arbeitslosigkeit betroffen ist, dann sind es vor allem diejenigen, die nur einen Pflichtschulabschluss aufweisen. Sie verlieren doppelt so oft den Job. Ich teile die Meinung mit vielen Experten: Alle Kinder

brauchen gleiche Ausbildungs-Chancen! Aber auch die älteren Arbeitnehmer sind aktuell verstärkt von Arbeitslosigkeit betroffen. Ich hoffe es ist Ihnen bekannt, Herr Landeshauptmann, was im Gleichbehandlungsbericht 2011/2012 steht. Das Land geht bei der Einstellung älterer Menschen mit schlechtem Beispiel voran. Im Bericht finden Sie auf der Seite 11 ein kleines Kapitel mit der Überschrift: „Zu alt für den Landesdienst?“ Und in diesem Kapitel wird ein Beispiel eines Bewerbers genannt, der nicht zum Hearing eingeladen wurde, mit der Begründung, dass er mit Mitte 40 zu alt ist.

Wenn Sie schon behaupten, bei den Löhnen kann man nichts tun, dann sage ich Ihnen, dass es allein im Landesdienst 17.000 Personen gibt, bei denen Sie sofort ansetzen können. Und für alle anderen muss man das teure Leben abfedern.

Armut schaut ja heute ganz anders aus. Die Armut sitzt heute mit 40.000 anderen daheim und kann es sich nicht leisten, die Wohnung zu heizen. Die Armut kauft mit vielen anderen tausenden Tirolern in 12 Sozialmärkten ein. Und das Schicksal arm oder armutsgefährdet zu sein, teilen sich 70.000 Menschen. Und nur dass Sie eine Dimension davon bekommen was die Zahl 70.000 bedeutet, meine Damen und Herren, das sind die EinwohnerInnen der Bezirkshauptstädte Reutte, Landeck, Imst, Schwaz, Kufstein, Kitzbühel und Lienz zusammen! Da müssen wir doch alle betroffen sein. Alle EinwohnerInnen von 7

Bezirkshauptstädten! Wenn euch das nicht betroffen macht, dann verstehe ich euch nicht mehr.

Beim Thema Armut ist auch kein Platz für ideologische Streitereien. Was sich vor ein paar Wochen im Tiroler Landtag zum Thema Erhöhung des Heizkostenzuschusses abgespielt hat, ist ein Skandal. Die Grünen wollen Fenster ausgetauscht haben und die Häuser dämmen, die anderen wollen den Heizkostenzuschuss erhöhen. Ja, viele heizen in Tirol mit Strom, haben ungedämmte Häuser und schlechte Fenster. Aber bis das alles saniert ist, wird man den Menschen mit einer Erhöhung des Heizkostenzuschusses unter die Arme greifen müssen, damit die Kosten abgedeckt werden können.

Sanierte Gebäude bedeuten sanierte Haushaltbudgets der Tiroler Familien! Die Dämmung und Sanierung der Häuser wäre eines der größten Sozialprojekte. Ein anständiges Sozialprogramm ist die Senkung der Heizkosten. Wir brauchen langfristige Programme, Energieberatungen und was wir schon lange fordern: Günstige Tarife bei Strom und Gas für die, die es brauchen und das sind ...

- MindestpensionistInnen
- AlleinerzieherInnen
- Kinderreiche Familien und
- Wenigverdiener.

Herr Landeshauptmann Platter, Sie haben vor 5 Jahren das familienfreundlichste Bundesland zum Chefanliegen erklärt. Ich frage Sie Herr Landeshauptmann: Wo ist denn das familienfreundlichste Bundesland jetzt? Wo geht es den Tiroler Familien heute besser? Wo ist das Leben für die Tiroler Familien günstiger geworden? Im Gegenteil, die Tiroler Familien zahlen drauf: Bis jetzt konnten sie, wenn sie als Familie mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs waren, mit dem Tiroler Familienpass günstiger fahren. Vor zwei Wochen entnehme ich den Medien, dass nun auch noch diese Vergünstigung eingestellt werden soll.

Ich anerkenne, Frau Landesrätin Palfrader, dass in den vergangenen Jahren viel in Sachen Kinderbetreuung geschehen ist. Ich stelle aber fest, dass das alles noch zu wenig ist.

Gerade bei der Kleinkindbetreuung stiehlt sich die öffentliche Hand aus der Verantwortung. In der Landeshauptstadt gibt es keinen einzigen öffentlichen Kinderkrippenplatz, das sind alles Privatangebote. Eine mir bekannte Frau, Krankenschwester, wird im nächsten Jahr nach der Karenzzeit wieder zu arbeiten beginnen. Und weil sie in ihrem Beruf natürlich nicht weiß, an welchen Tagen sie Dienst hat, muss sie einen ganztägigen Platz für das ganze Monat vorhalten und auch bezahlen, selbst wenn sie nur 8 Tage im Monat Dienst hat. Die Kosten dafür betragen € 500,--.

Wenn die Eltern der Stadt Hall dieser Tage Alarm schlagen weil Sie, Frau Bürgermeisterin und Abgeordnete Posch, verlangen, Plätze im EKIZ zu streichen, weil offenbar in einer Stadt wie Hall mit knapp 13.000 Einwohnern kein Geld vorhanden ist, dann ist das ein fatales Signal an die Familien in Hall und Umgebung. Als Antwort haben Sie parat, dass sich die Betroffenen doch an Tagesmütter wenden sollen. Aber Sie kennen die Situation nicht. Das ist zum einen eine finanzielle Frage und zum zweiten gibt es in Hall gerade einmal zwei Tagesmütter.

In den letzten Tagen ist ein Bürgermeister zu mir gekommen und hat aus seinen täglichen Erfahrungen, auch mit dem Land Tirol, berichtet. Er schilderte seine Erlebnisse mit Ihnen, Herr Landesrat Tratter, als er Sie als Gemeindereferent aufsuchte, um über Mittel für den Neubau des Kindergartens zu verhandeln. Die Antwort die er bekommen hat, meine Damen und Herren, muss uns allen zu denken geben. Sie Herr Landesrat Tratter haben gemeint, der Herr Bürgermeister soll zuerst einmal bei den Müll-, Kanal-, Wasser-, Friedhofs-, Parkgebühren etc. mehr verlangen, davor finanziert das Land nicht mit. Herr Landesrat Tratter, dass wir uns richtig verstehen, Sie können das von den BürgermeisterInnen verlangen, aber treffen tun Sie damit die Bürgerinnen und Bürger!

Herr Landeshauptmann, ist diese Lastenumverteilung weg vom Land hin auf die Bürgerinnen und Bürger das, was Sie unter familienfreundlichstem Bundesland gemeint haben? Ist das Ihre Art

der Politik zu sagen, entweder ihr belastet's die Bürger oder ihr bekommt nichts? Ist das bei Ihrer Art der Politik, angesichts von 100 Gemeinden in Tirol, die stark verschuldet oder überschuldet sind? Den Bürgermeistern ist bei der Bewältigung der ganzen Kosten zu helfen, denn es geht darum, das Leben der Tiroler Gemeindebürger günstiger zu machen. Die Bekenntnisse zur Stärkung des ländlichen Raums dürfen doch keine Lippenbekenntnisse bleiben!

Der Wahlschlager der letzten Jahre – von der Innsbruck Wahl, über die Landtagswahl bis hin zur Nationalratswahl – war das leistbare Wohnen. Das Land beklagt zwar, dass Wohnen zu teuer ist, gleichzeitig nimmt man dann aber nicht das ganze, vorhandene Geld für den Wohnbau her. Allein im letzten Jahr wären das 70 Millionen Euro mehr Geld für den Wohnbau gewesen. Damit hätten im vergangenen Jahr zusätzlich rund 850 Wohnungen in Passivhausstandard errichtet werden können!

Beim Wohnen ist die Nachfrage riesig, das Angebot ist viel zu knapp und daher sind die Preise oben und steigen weiter. Wir brauchen daher viel mehr Wohnangebot. Und Herr LH Platter, was mich maßlos ärgert ist, dass Sie das natürlich auch wissen, aber nicht umsetzen. Dabei ist die Rechnung ganz einfach: mehr Wohnangebot vergünstigt das Wohnen!!

Den Menschen wäre auch schon geholfen, wenn in die Mietzinsbeihilfe die Betriebskosten miteingerechnet werden würden.

Und die Mietzinsbeihilfe gehört endlich vereinheitlicht. Es kann ja nicht sein, dass man sie in der Gemeinde 1 sofort bekommt, in der Gemeinde 2 nach 2 Jahren, in der Gemeinde 3 nach 10 Jahren. Sie ändern nichts am System des teuren Wohnens. Sie spielen immer nur Feuerwehr. Aber klar ist, nur über die Zweckbindung können mehr Mittel für den Wohnbau zur Verfügung gestellt werden, es gibt mehr Wohnangebot und die Kosten sinken.

Das Zukunftsthema wird die Pflege und Betreuung unserer älteren Mitbürgerinnen und -bürger sein. Es ist gut, Herr Landesrat Tilg, das alles in Papiere zu schreiben, aber, Herr Landesrat Tilg, das genügt nicht.

Wir reden dauernd über die Pflege zu Hause. Und mir ist das ein ehrliches Anliegen. Ich habe diese Woche einen langen Brief von einer Familie aus Innsbruck bekommen, die die 97-jährige Mutter und Großmutter mit einer schweren Demenz seit 5 Jahren zu Hause pflegt. Sie machen das zu viert und schildern in diesem Brief ihre Belastungen und Probleme. Und diese Schilderungen machen betroffen. Uns waren in den vergangenen 5 Jahren die pflegenden Angehörigen ein Riesen-Anliegen und werden es auch weiterhin sein. Diese Menschen leisten großartiges und man muss einfach einmal DANKE sagen und darf sie nicht alleine lassen!!

Aber haben Sie eine Vorstellung, wie es den vielen pflegenden Angehörigen geht? Sie als Landesregierung von Tirol sind gut beraten, viel Geld in die Hand zu nehmen, damit uns diese pflegenden Angehörigen nicht „wegbrechen“, weil sie selber nicht mehr können. Ein Thema, das Sie nicht gerne hören ist die 24 Stunden Betreuung. Außer einem kleinen Zuschuss, den Sie sich mit dem Bundessozialamt aufteilen, wo Sie Herr Tilg pro Monat 110 Euro zur Verfügung stellen - bei gleichzeitigen Kosten von 2.500-4.000 Euro pro Monat, haben die Menschen zu Hause mit keiner Unterstützung zu rechnen. Immerhin betrifft das aber rund 1.000 Familien in Tirol. Wissen Sie, was mir ein älterer Herr erzählt hat, der sich gemeinsam mit den 24-Stunden Betreuerinnen um seine Frau kümmert: Er schaut halt Monat für Monat, dass er etwas aus seinem Haushalt verkaufen kann, damit er die Rund-um-die-Uhr-Betreuung finanzieren kann, denn er will die Frau einfach daheim haben. Aber er sagt, dass er jetzt dann nichts mehr zum Verkaufen hat und er dann nicht mehr weiß, wie es weitergehen soll. Zu den Kosten für die Betreuerinnen kommen noch die Aufwendungen für den Sozialsprengel dazu und auch Ausgaben für Medikamente und Pflegemittel.

Und Sie Herr Landesrat Tilg, sagen bei der Forderung nach einer besseren Unterstützung durch das Land Tirol, dass diese Leistungen eh die Sozialsprengel übernehmen können. Herr Landesrat, Sie müssen doch wissen, dass die Sozialsprengel nur 3 Stunden pro Tag ins Haus kommen können. Die Sozialsprengel sind auf drei Stunden

pro Tag begrenzt. Es gibt eine 90-Stunden Deckelung pro Monat. Damit stellen Sie aber keine 24-Stunden-Betreuung sicher, die die Menschen brauchen. Ganz abgesehen davon, dass sie auf diese Art und Weise schlicht unfinanzierbar wäre.

Im Übrigen sage ich Ihnen noch, dass Expertinnen für die mobile Pflege so ein System der besseren Förderung der 24 Stunden Betreuung durchaus begrüßen würden. Ich denke Sie werden mir nicht widersprechen, dass die ehemalige Staatssekretärin und Abgeordnete Verena Remler und die ehemalige Bürgermeisterin der Stadt Lienz (noch) nicht einer Vorfeldorganisation der Liste Fritz angehören.

Unsere Ideen und Konzepte sind keine sozialromantischen Träumereien. Sie sind mit Fachleuten erarbeitet, durchgerechnet und finanzierbar! Es leuchtet Ihnen doch allen ein, dass die 24.000 AlleinerzieherInnen, das sind übrigens weit mehr als in der zweitgrößten Stadt Tirols in Kufstein daheim sind, bei allen Problemen rund um die Kinderbetreuung in die Teilzeitfalle geraten. Das heißt, sie verdienen heute weniger und morgen noch weniger, weil viele dann in der Pension an der Mindestsicherung hängen.

Ein anständiges Sozialprogramm würde in einer guten Ausbildung liegen. Deshalb verlangen wir: Kein Tiroler darf ohne Schul- und Berufsabschluss bleiben. Wir wissen, dass heute Menschen, die nur

einen Pflichtschulabschluss haben, doppelt so oft arbeitslos werden. Die Menschen brauchen eine zweite und dritte Chance. Wenn sie nur einen Pflichtschulabschluss haben, dann müssen Sie als Landesregierung dafür Sorge tragen, dass diese Tiroler später noch einen Lehrabschluss machen können. Und jeder Jugendliche hat Anspruch auf einen weiterführenden Schulplatz in der Nähe des Wohnortes. Ich verstehe nicht, warum wir es nicht einmal schaffen, für jedes Kind einen weiterführenden Schulplatz in Wohnortnähe zur Verfügung zu stellen.

Wenn mir eine Mutter aus Patsch erzählt, dass ihr Kind nach der erfolgreich absolvierten Hauptschule den einzigen weiterführenden Schulplatz in Wörgl erhalten hat, dann brauchen wir gar nicht mehr darüber reden, dass viele gar nicht mehr weiter in die Schule gehen wollen. Täglich rund drei Stunden zu pendeln, das heißt von Patsch nach Innsbruck zu fahren, den Zug nach Wörgl zu nehmen und in Wörgl dann auch noch mit dem Citybus zur Schule zu fahren, ist für eine 14-Jährige nicht zumutbar.

Natürlich muss auch nicht jeder weiter in die Schule gehen. Auch Facharbeiter sind gefragt wie nie! Und der Facharbeiter gehört aufgewertet, indem man beispielsweise die Meisterprüfung mit der Matura gleichsetzt.

Frau Zoller-Frischauf, Sie sagen neulich in einem Interview mit dem Wirtschaftsblatt, dass der Kampf um die Jugendlichen begonnen hat.

Sie sagen, dass 600-1.500 Jugendliche pro Jahr fehlen. Sie wissen um das Problem, aber Sie haben kein Lösungsrezept! Sie sagen im selben Interview, dass Sie keine Jugendlichen aus Spanien holen wollen, sondern Jugendliche aus Deutschland mit dem schönen Urlaubsland Tirol anlocken wollen. Wenn das Ihr einziges Rezept ist Frau Landesrätin, dann ist das wenig. Haben Sie schon einmal daran gedacht, die Lehre für die Tiroler Jugendlichen attraktiver zu machen, sie aufzuwerten, zu reformieren und damit neue Wege zu gehen?

Meine Damen und Herren, dieses Landesbudget ist ideenlos und un kreativ.

Sie stellen sich hin, Herr Landeshauptmann, und behaupten 100 Millionen in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit mehr im Budget vorgesehen zu haben. Sie verschweigen dabei aber etwas:

Wir hatten in der Vergangenheit ein ordentliches und ein außerordentliches Budget. Es ist Pflicht, diese beiden Budgets zusammenzuführen, was ja jetzt auch geschehen ist. Und mit dieser Zusammenführung kommen auch große Brocken, wie die Bauvorhaben ins Landesbudget.

Werte Damen und Herren der Landesregierung, Sie sind ja der Inbegriff einer Ankündigungs-Regierung. Unterm Jahr alles Mögliche versprechen und in Aussicht stellen und dann, wenn's zählt, nämlich beim Landesbudget, das Geld dafür nicht zur Verfügung stellen. Es ist

schlimm, die Probleme nicht zu sehen, aber es ist noch schlimmer die Probleme zu kennen und nichts dagegen zu tun!

Wir wollen ein sozial engagiertes Budget, ein Budget, das den Menschen in Tirol hilft, die sich nicht selber helfen können. Wie wir, kennen auch Sie die Probleme der Tiroler, aber Sie packen sie nicht an:

- Es gibt keinen Sondertopf für die Gemeinden, damit sie genügend Plätze für die Kinderbetreuung ausbauen.
- Es gibt keine Zweckbindung aller Wohnbauförderungsgelder.
- Es findet keine Verdoppelung des sozialen Wohnbaus statt.
- Es gibt keine Sondertarife für Bedürftige auf Strom und Gas, obwohl mit TIWAG und TIGAS beide Energieversorger zu 100% im Eigentum des Landes stehen.
- Es gibt keinen Plan zur Bekämpfung der Armut im Landesbudget.
- Es gibt keine massive Offensive für die Pflege und Betreuung.

In den grundlegenden Fragen ändert sich auch 2014 nichts. Es wird in diesem Land weiter Klientelpolitik betreiben. Herr Kuenz, Herr Geisler, Sie verwenden 100e Beamte seit Jahren dafür, um Höchstgerichtsurteile in der Agrarfrage ja nicht umsetzen zu müssen. Anstatt dass Sie die vielen g'scheiten Leute im Land dafür verwenden würden, den Menschen aus der Armut zu helfen. Ein kreatives,

transparentes Budget mit neuen Ideen für die Bürger schaut anders aus. Von den vielen versprochenen Schwerpunkten ist in Wahrheit wenig zu erkennen.

Wir haben uns bemüht in diesem ersten schwarz-grünen Budget die neue grüne Handschrift zu suchen. Ihr Grünen habt doch in der Vergangenheit, also in der Zeit, wo ihr in Opposition wart, mit vielen Abänderungsanträgen zum Budget gegläntzt. Ich mag nicht von den Grünen als Umfaller reden, aber Fakten sind Fakten:

- Beim „Straßenbau durch Dritte“ wolltet ihr im vergangenen Jahr mit dem Budget um gar 9 Millionen Euro zurückfahren, sprich kürzen. Heuer – ihr habt jetzt in der Landesregierung ein Platzerl gefunden – gibt es für den Straßenbau 1,3 Millionen Euro mehr.
- Das Marketingkonzept des Landes war euch immer ein Dorn im Auge. Einsparen wolltet ihr die gesamten 810.000 Euro. Und siehe da, heuer sind sogar 830.000 Euro für das Marketingkonzept budgetiert.
- Eine ganz ambitionierte grüne Idee war das Sonderprogramm „*Tirol atmet auf*“, dafür wolltet ihr 20 Mio. Euro zur Verfügung

stellen. Geben tut's leider Null Euro! Ein wahrlich großer Erfolg!!

- Als ihr noch nicht in der Regierung wart, habt ihr euch einen *TIWAG Solidaritätsfonds* mit 5 Millionen Euro eingebildet. Bekommen habt ihr Null Euro.
- Letztes Jahr um diese Zeit war euch die Schuldnerberatung noch 200.000 Euro mehr wert, heuer - als ihr es in der Hand gehabt hättet - nur mehr 50.000 Euro mehr.
- Letztes Jahr wart ihr noch, so wie wir, der Meinung, die Schulstarthilfe gehört erhöht. Und jetzt, liebe Freunde von den Grünen, steht gar eine Kürzung im Budget! Immerhin um 170.000 Euro.
- Als ihr noch in Opposition wart, wolltet ihr bei den Repräsentationsausgaben und den Verfügungsmitteln der Regierung rund 100.000 Euro einsparen. Jetzt sitzt ihr in der Regierung und gönnt euch den exakt selben Betrag, den ihr letztes Jahr kritisiert habt. Die Tiroler können sich merken, Verfügungsmittel sind nur schlecht, wenn die Grünen in der Opposition sitzen.

Die Moral von der Geschichte', grün wirkt... nicht!

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, wir alle wissen, das Landesbudget schreibt nicht der Juniorpartner, das Landesbudget gibt die ÖVP vor. Klar, denn wer Klientelpolitik betreiben will, braucht dafür auch das notwendige Geld.

Nur ein kleines, aber symptomatisches Beispiel für die ÖVP-Politik: In den vergangenen Jahren hat die Landesregierung für die Tiroler Musikkapellen immer nur wenig im Budget vorgesehen. Während des Jahres dann aber großzügig Geld nachgeschossen. Im Voranschlag 2012 waren für die Tiroler Musikkapellen nur 240.000 Euro vorgesehen. Tatsächlich verrät der Rechnungsabschluss 2012, dass die Landesregierung aber 915.000 Euro – rund das Vierfache – zur Verfügung gestellt hat. Aber, Herr Landeshauptmann Platter, als Präsident des Tiroler Blasmusikverbandes werden Sie die Nöte der Musikkapellen ja kennen.

Wir unterstützen Ihren Weg, keine Neuverschuldung zu machen, aber wir streben – anders als Sie - ein Budget an, das einen echten Schuldenabbau vorsieht. Aktuell hat Tirol 271,8 Millionen Euro Schulden, Ende 2014 werden es 271,5 Millionen Euro sein. Ein Schuldenabbau von 370.000 Euro bei einem Budget von 3 Milliarden Euro – das ist Schnecken tempo! Wenn Sie den Tiroler Schuldenberg weiterhin in dieser Geschwindigkeit abbauen, werden es nicht einmal

unsere Ur-, Ur-, Ur-...Enkel erleben. Aber so lange wird die ÖVP auch nicht mehr in der Regierung sein.

Euer schwarz-grüner Koalitionsvertrag heißt „*Verlässlich handeln – neu denken*“, Euer erstes Landesbudget ist maximal „*verlässlich fortgeschrieben*“. In diesem unkreativen und ideenlosen Budget spüren die Tiroler Bürger die vielen salbungsvollen Worte und Versprechen jedenfalls nicht, die sie das ganze Jahr über von Euch hören.

Für Euer erstes schwarz-grünes Budget gilt daher:

Volkspartei – am Volk vorbei und Grün wirkt nicht!

Danke für die Aufmerksamkeit!

Innsbruck, am 11.12.2013

Es gilt das gesprochene Wort.